

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Mangel an Pflegeplätzen – nicht nur in Ergenzingen

Bürgermeister Dr. Bednarz (SPD) vertröstet - Minister Manfred Lucha (Grüne) blockiert

Seit Jahren soll mitten im Neubaugebiet Öchsner II in Ergenzingen mit 97 Wohneinheiten für ca. 200 Bewohner auf 4,6 Hektar ein Pflegeheim mit 60 Dauer- und je vier Kurzzeit- und vier Tagespflegeplätzen entstehen. Obwohl bereits die ursprüngliche Planung aus Kostengründen „abgespeckt“ wurde, geht Finanzbürgermeister Bednarz von mehr als den ursprünglichen 7,8 Mio. Euro aus.

Bednarz sucht jetzt nach privaten Investoren, die für ihr Personal an keinen Tarifvertrag gebunden sind, also Rendite über Niedriglöhne und Heimkosten machen wollen. Als Grund gibt er an, dass die gelb-schwarze (CDU/FDP) Landesregierung die Pflegeheimförderung seit 2010 eingestellt hat – als ob das bei dem Architektenwettbewerb 2017 nicht längst bekannt war!

Die aktuelle Situation

Immer unerträglicher wird für die Ergenzinger die Lage. Sie sind gezwungen, auf die Tagespflegeeinrichtungen der Nachbargemeinden auszuweichen und dadurch teilweise lange Fahrwege in Kauf zu nehmen. Die „Quelle des

Lebens“ in Weitingen ist mit ihren 18 Plätzen voll belegt und hat eine lange Warteliste. Dies zeigt die allgemeine



prekäre und perspektivlose Situation. Gäbe es mehr Tagespflegeplätze vor Ort, könnten rüstige RentnerInnen mit Unterstützung zur Pflegeeinrichtung laufen. Dafür reichen die geplanten vier Tagespflegeplätze beim Weitem nicht aus.

Aktuell sind im ganzen Land 328.000 Personen auf Pflege angewiesen. Die Zahl soll innerhalb der nächsten zehn Jahre – ein kurzer Planungszeitraum – um ein Drittel steigen (Stat. Landesamt)! Hinzu kommt, dass die Landesheimbauordnung von 2009 nur noch Einzelzimmer erlaubt. Bis jetzt haben erst 20 Prozent der Einrichtungen im Land entsprechende Umbauten vorgenommen, es wird etwa jeder siebte Platz wegfallen und einige Einrichtungen werden sogar schließen.

In Nagold schließt das Gertrud-Teufelheim für 45 Personen, im Kreis Ravensburg und im Kreis Sigmaringen machen jeweils zwei Heime wegen Umbaukosten dicht. Obwohl die Freien Wohlfahrtsverbände 6.600 Plätze neu schaffen wollen, wird die Heimbauordnung zu einem zusätzlichen Mangel an Plätzen in der Vollzeitpflege führen.

Sozialministerium - verantwortungslos

In seinem Brief an BM Bednarz erklärt Sozialminister Lucha (Grüne), „dass mit dem Rückzug aus der Pflegeheimförderung höhere Kosten bei den Bewohnerinnen und Bewohnern anfallen, ist uns durchaus bewusst.“ >>>

Lesen Sie weiter: **Stuttgart 21 - und keine bisschen leise** Seite 3

Flugfeld Baisingen - Vergangenheit und Zukunft Seite 5

Wir beteiligen euch gerne - so wie wir es wollen Seite 9

Auserwählte und Zufallsbürger Seite 11

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Aber Lucha glaubt, „dass die in der stationären Pflege benötigten Kapazitäten auch weiterhin von den Trägern der Altenhilfe ohne (!) zusätzliche staatliche Förderung geschaffen werden.“ (Brief an BM Bednarz vom 15.1.2019)

Angesichts der drastisch gestiegenen Baukosten für neue Pflegeheime ist diese Haltung weltfremd und läuft auf eine Stärkung rein renditegesteuerter Unternehmen im Pflegemarkt hinaus, so Dominik Rommel vom Caritasverein Illertissen. Will heißen: **Die „grüne“ Landesregierung setzt die verantwortungslose Kürzungspolitik der CDU in der Pflege einfach fort.**

Dagegen hat der Sozialverband VdK jetzt die volle Übernahme des Investitionskostenanteils beim Bau neuer Pflegeheime durch die Landesregierung gefordert. VdK-Landeschef Roland Sing rechnet vor, dass Heimbewohner einen durchschnittlichen Eigenanteil von rund 2.100 Euro monatlich selbst zahlen, davon sind allein 440 Euro Investitionskosten! Die Übernahme dieses Anteils durch das Land würde jährlich 60 Mio. Euro ausmachen. Die VdK-Forderung wird vom Paritätischen Wohlfahrtsverband unterstützt. Lucha lehnt das zynisch mit den

Worten ab, man wolle nicht in Beton, sondern in ambulante Pflege investieren.

Mit seiner „Marktlösung“ fördert er allein private Pflegedienste ohne Garantie einer ausreichenden Versorgung. VdK-Chef Sing: **„Die Politik von Sozialminister Lucha mit Modellprojekten hier und Restmittelvergabe dort muss ein Ende haben.“**

Wird Ergänzungen abgehängt?

All diese Entwicklungen sind seit Jahren bekannt, aber für BM Bednarz scheint das völlig neu zu sein. Er vertröstet die Ergänzinger mit einer Studie, die eine Rahmenplanung über Altersentwicklung der Bevölkerung, Wohn- und Betreuungsbedürfnisse, vorhandene Pflegeangebote und „Handlungsansätze“ erbringen soll, die die Stadt „in den nächsten Jahren abarbeiten“ soll. Wo leben wir eigentlich?

Die Ergänzinger haben heute schon einen konkreten Bedarf an weiteren betreuten Wohnungen und in der Tagespflege und fordern zusätzlich zu größeren Einrichtungen dezentrale Lösungen mit Tagespflegeplätzen, damit ältere Menschen nicht aus ihrer gewohnten Umgebung herausgerissen

werden müssen. Aber im Kernstadtrathaus scheinen Wohn- und Lebensqualität der Ergänzinger in den letzten Jahren keine Rolle zu spielen. Sie müssen eine immer größere Belastung durch Gewerbe und Verkehr mit den Folgen für Lärm-, Luft- und Lichtbelastung ertragen.

Aus „Kostengründen“ wurde die notwendige Vergrößerung der Eisenbahnbrücke abgelehnt. Dadurch hätten das Schulgelände und das Gewerbegebiet Höllsteig sicherer per Fuß oder per Rad an den Ort angebunden werden können. Aber für das Bürgermeistertrio in Rottenburg ist der Schänzle-Umbau mit einem Eigenanteil von einer Million wichtiger als Zusatzkosten beim Pflegeheim. So wird eine Lösung des alltäglichen Pflegenotstands auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben.

Nicht mit uns!

Wir brauchen soziale Prioritäten zugunsten der Bürgerinnen und Bürger – dafür steht DIE LINKE bei den Gemeinderatswahlen!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

“Wir haben es satt“

Gastbeitrag von Irmgard Zeeden, Rottenburg

Am Samstag, 19. Januar 2019, strömt ein buntes Völkchen von Demonstranten*Innen auf den Marktplatz in Tübingen. Da gibt es Bienen, Schweine, Küken, eine Kuh, Rüben und Gurken als Spendenkassen, viele farbige selbstgebastelte Transparente, viel buntgekleidete Menschen, jung und alt, insgesamt 2500.

Wir werden empfangen vom Trommelrhythmus einer Sambagruppe, von vielfältigem „Muh“ und „Mäh“, von Pfeifen, Beifallsrufen für Redebeiträge und sind mitten drin in einer fröhlichen Atmosphäre.

Viele Freundinnen und Freunde aus der ganzen Region von der Alb bis zum Schwarzwald treffen sich auf dieser Demo. Alle Akteur*Innen des Kreislaufs von Anbauen, Ernten, Verteilen,

sich ernähren sind versammelt, alle sehen ihr Anliegen als ein politisches.

Nur kleinbäuerliche, vielfältige, weiblichere und selbstverständlich ökologische Landwirtschaft ist in der Lage uns und die ganze Weltbevölkerung auch in Zukunft zu ernähren, erfahren wir in den verschiedenen Redebeiträgen.

Die industrielle Agrarwirtschaft wird kritisiert. Auf einem Plakat steht:

„Wir wollen ein gutes Leben statt suizidales Wachstum.“

Der Ostalbbauer Häußler formuliert es kurz und prägnant so: Es ist wie bei einem Banküberfall - Geld oder Leben!



Hoffnung machen uns viele Gruppen, die schon zukunftsweisende Ideen umsetzen, wie z.B. „Solawi“, die solidarische Landwirtschaft, wie auch das Aktionsbündnis **Rottenburg/Kiebingen, das den Erhalt der Anbau- und Naturfläche Galgenfeld/Herdweg erstritten hat.**

Demo und Kundgebung erfüllen uns mit dem optimistischen Gefühl, dass wir zu einem guten Leben für alle etwas beitragen können.

Stuttgart 21 - und kein bisschen leise

Auch wenn es im Augenblick nicht sehr viel Neues über Stuttgart 21 zu berichten gibt, so ist es doch keineswegs ruhig geworden um dieses Wahnsinnsprojekt. Die 450. Montagsdemo sowie zwei Fernsehsendungen brachten es auf den Punkt: S21 ist immer noch in den Schlagzeilen und der Protest keineswegs am Ende.

Am 28. Januar fand die nunmehr 450. Montagsdemo statt. Einer der Hauptredner war der „Stern“-Journalist **Arno Luik**, der schon im Jahr 2011 Aufsehen erregte, als der damalige S21-Bauleiter Hany Azer die „121 Risiken“ bei S21 aufdeckte und deshalb hinausgeekelt wurde. In seiner jetzigen Rede „**Herr, schmeiß Hirn ra!**“ ging er mit den politischen Hauptakteuren von S21 hart ins Gericht. Hier einige Auszüge:

Oettinger, Mappus, Mehdorn, Grube – das sind alles so wichtige wie traurige Figuren in Sachen S21. Sie wollten mit aller Macht diesen Bahnhof, sie verloren ihre Macht auch wegen dieses Bahnhofs, und sie sind nun erledigte Gestalten, traurige Gestalten.

Aber noch traurigere Gestalten als diese S21-Täter sind andere: Kretschmann, Hermann, Kuhn. Das grüne Trio fatale. Sie kamen an die Macht, weil sie – mehr oder weniger – gegen diesen Bahnhof waren. Aber kaum waren sie an der Macht, vergaßen sie, dass sie dort hinkamen, wo sie noch immer sind, wegen der Menschen, die aus gutem Grund diesen Bahnhof nicht wollten und nicht wollen.

In der Tat, der Kerl (Kretschmann) ist einzigartig – und zwar weltweit: In seiner Jugend war er in seiner ober-schwäbischen Heimat stolzer Träger des Froschkuddelordens. Er war Schützenkönig und frommer Katholik, Oberministrant, er war aber auch ein harter Maoist. Er war im Kommunistischen Bund (KBW), Mitglied der katholischen Kirche – das alles gleichzeitig, das muss man mal hinkriegen! Er ist geschult in maoistisch-leninistischer Taktik, erzogen im katholischen Internat zu jesuitischer Schläue – vielleicht schafft er es deswegen so gut, mit dem Verrat, den er in Sachen S21 begangen hat, zu leben.

Um an die Macht zu kommen, tat diese Dreier-Bande ziemlich viel: Kretschmann nannte die Finanzierung des Bahnhofs „einen Verfassungsbruch“. Wenn er mal Ministerpräsident sei, so versprach er im Wahlkampf 2011, werde dieser Verfassungsbruch mit ihm nicht weitergehen. Er ging aber weiter. Kretschmann, der Ministerpräsident,



ist also in seinen eigenen Augen ein Verfassungsbrecher. Erstaunlich, dass er damit leben kann. Aber erstaunlich ist es dann doch nicht. Kretschmann ist ein ganz Besonderer. Er ist ja – was ich, ich geb's zu, überhaupt nicht verstehe – hier in Baden-Württemberg Kult.

Hermann: Auch er kam an die Macht wegen S21. Mehr noch: Er kam auch an die Macht, das ist fast vergessen, weil er sich gegen diese genauso unsinnige Neubaustrecke nach Ulm eingesetzt hat, das ist lange her: „Eine aberwitzige Trasse“ sei das, sagte der Verkehrsminister, als er noch kein Verkehrsminister war, sondern ein klar denkender Mitbürger: „Ein Schwabenstreich, für den ich mich als Schwabe schäme“ Aber der Radfahrer redet viel, er sagte ja auch mal: „S21 – die größte Fehlentscheidung der Eisenbahngeschichte.“ Eigentlich müsste dieser Mann irre an sich werden, wenn er über sein faktisches Handeln als Minister nachdenkt. Ich weiß nicht, was er sieht, was er fühlt, was er empfindet, wenn er abends in den Spiegel guckt. Vielleicht übt er ja schon daran, wie er die Einweihungsfeier von S21 genießt, ohne rot zu werden.

Ein grüner Ministerpräsident, ein grüner Verkehrsminister, ein grüner Oberbürgermeister: Fritz Kuhn, dem auch nichts anderes einfällt, als alles brav durchzuwinken. Kretschmann, Hermann, Kuhn – früher mal Hoffnungsträger, jetzt S21-Täter. Machterhaltungspolitiker sind sie geworden, die heute etwas durchsetzen, von dem sie seit Jahrzehnten genau wissen, dass es

grottenfalsch ist – aber sie tun es dennoch. Das ist unverzeihlich.

Die vollständige Rede hier: <https://www.bei-abriss-aufstand.de/2019/01/29/herr-schmeiss-hirn-ra/> sowie als Video bei YouTube.

Wie es der Zufall will, sendet bereits einen Tag später das ZDF die politische Kabarettssendung „**Die Anstalt**“ (siehe ZDF-Mediathek) mit verschiedenen Themen zur Deutschen Bahn, darunter auch „**Wer ist Schuld an Stuttgart 21?**“ Die beiden Anstaltsprotagonisten Max Uthoff und Claus von Wagner arbeiten das Thema „Stuttgart 21“ auf und verschaffen sich einen aktuellen Überblick.

Und auch die Bahn muss „Erfolge“ melden, wenn es sonst nichts Neues gibt. In der SWR-Sendung „**MENSCH LEUTE – Baumeister Pradel – Der lange Weg zu Stuttgarts Tiefbahnhof**“ (siehe SWR-Mediathek) wird von dem verantwortlichen Bauleiter und Projektmanager der Deutschen Bahn berichtet, wie er die erste Kelchstütze „voller Enthusiasmus und Elan“ baut, und, so wörtlich, „**wie ein Spitzensportler, der eine Goldmedaille gewinnen will**“. Dabei ist es erst die erste von insgesamt 28 komplexen Kelchstützen, die einmal das Bahnhofsdach mit den Glubschaugen tragen sollen und allesamt bereits 2018 fertig gestellt sein sollten. Und, wie nicht anders zu erwarten, wird S21 hier nur durch die rosarote Brille betrachtet. Nicht erwähnt wird jedoch, dass der Bau dieser ersten Stütze volle zwei Jahre gedauert hat. Schon im Sommer 2017 war sie im Bau, allerdings lag damals nur für den Fuß eine Baugenehmigung vor, nicht jedoch für den Aufbau.

Deshalb wollen wir, auch wenn es scheinbar relativ ruhig um Stuttgart 21 geworden ist, weiterhin lautstark unsere Stimme erheben und vor allem

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

Unter Rebellen und Widerständlern

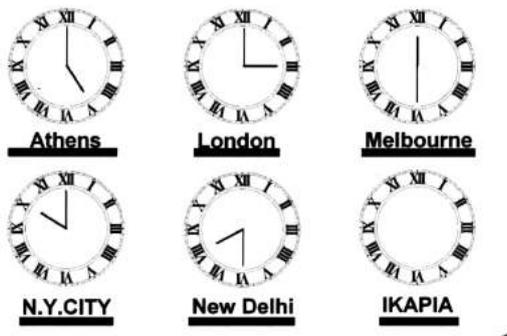
Oder: Von Austerität und Solidarität

Kürzlich erreichte uns ein Bericht unseres Griechenlandkorrespondenten Peter Rütten. Eigentlich in Tübingen ansässig und eifriger Leser unseres „Blättle“ lebt er zu einem Teil des Jahres auf einer Ägäisinsel. Wir möchten unseren Lesern den zweiten Teil seines Beitrags nicht vorenthalten und ihm ganz herzlich für seinen Beitrag danken:

Die Auswirkungen der seit 2008 anhaltenden Krise und die Folgen der von EU und IWF oktroyierten „Reformprogramme“ erleben wir unübersehbar in unserem Umfeld: Drastische Rentenkürzungen, auch bei Minimalbezügen; Gehaltsminderungen um ein Drittel im öffentlichen Dienst. Dabei liegen die Preise des täglichen Konsums etwa auf deutschem Niveau, die für Benzin und Heizöl weit darüber. Wir beobachten daher in vielen Bereichen eine Zunahme des Naturaltauschs (Gib mir deine Ziege, dann repariere ich dein Auto). Nicht wenige Ikarioten halten sich durch vermehrten Obst- und Gemüseanbau in den eigenen Gärten über Wasser.

Junge Erwachsene, die trotz guter Ausbildung keine angemessene Anstellung

finden, arbeiten in der kurzen Sommersaison zu Hungerlöhnen in der Gastronomie. Solche mit akademischen Abschlüssen haben teilweise das Land und die Insel schon verlassen und sind, wie es in der vorletzten Generation



bereits unumgänglich war, in die USA oder nach Australien ausgewandert. Wir können aber auch die trotzig-selbstbewusste Gegenbewegung feststellen: Junge Griechinnen und Griechen, die den Metropolen Athen und Thessaloniki den Rücken kehren und sich auf Ikaria in Kooperativen organisieren. Als ein Beispiel nenne ich die bemerkenswerte Landfrauen - Kooperative in unserem Wohnort Christos Rahes (Gyneikeios Synetairismos Geyseis Ikarias), die seit nunmehr acht

Jahren um ihren Fortbestand kämpft. Da die Frauen ihren kleinen Betrieb ohne nennenswertes Startkapital gründen mussten, gelang ihnen, trotz exzellenter Produkte, bis heute keine wirkliche Existenzsicherung.

Dass uns in solch einem sozialen Umfeld die Idee kam, hier **eine Basis-gruppe der LINKEN** zu gründen, dürfte nicht sonderlich verwundern. Zusammen mit einem aus Hamburg stammenden und ebenfalls als Teilzeitimmigrant hier lebenden Freund und nunmehr Genossen haben wir der Absicht Taten folgen lassen.

Als Wähler der **LINKEN** seit Bestehen der Partei fanden wir es an der Zeit, uns nicht nur auf dem Stimmzettel zu bekennen, sondern auch Mitglied und an unserem zeitweiligen Wohnort politisch tätig zu werden. Ideen sind bereits vorhanden. Sobald sich diese in Praxis verwandelt haben, werde ich gern wieder berichten. Für die Zwischenzeit empfehlen wir die poetischen und kämpferischen Lieder eines Mikis Theodorakis.

Peter Rütten, Ikaria

Asozial

„Asozial“ beschreibt „unfähig zum Leben in der Gemeinschaft, sich nicht in die Gesellschaft einfügend, die Gemeinschaft bzw. Gesellschaft schädigen“.

Was meint Herr Neher beim Neujahresempfang damit, wenn er sagt, dass die Beweggründe von Wachstumskritikern „asozial“ seien? Bin ich nun auch asozial, nur weil ich mich mit einem „Nichtweiter-so“ identifiziere?

In dem Vorzeigebau der Stadt Rottenburg, in der Stadtbibliothek, diskutierte tags darauf der politische Stammtisch über die sogenannte „Gemeinwohl-Ökonomie“. Erfrischende Gedanken waren da im Tagblatt zu lesen - auch eine asoziale Diskussion? Herr Neher meinte, „mit Wachstumsverhinderern sei es schwierig Politik zu machen“, so war es im Tagblatt zu lesen. Was wäre nicht alles machbar und disku-

tiertbar, wenn ein OB sich neuen Gedanken öffnen und nicht im „Ewiggestrigen“ verharren würde.

Was meint Herr Neher damit, „früher seien die Menschen froh über eine wachsende Wirtschaft gewesen“. War denn früher alles besser als heute?

Was wäre nicht alles möglich, wenn Filme wie „Kein schöner Land“ ohne Probleme in Schulen und öffentlichen Räumen gezeigt werden könnten und eine offene Diskussion mit den Bürger*Innen geführt werden könnte, ohne dass die Stadtverwaltung dies unterbindet. Wo ist denn das Problem?

Tina Leisner und Patrik Drath, Rottenburg - Kiebingen

Die Redaktion dankt für Abdruckerlaubnis dieses Leserbriefes

100% sozial.

DIE LINKE.

100% sozial.

DIE LINKE.

100% sozial.

DIE LINKE.

100% sozial.

DIE LINKE.

Flugfeld Baisingen

Vergangenheit und Zukunft

Am 20. 3. 2018 hat der Gemeinderat mit den Stimmen der CDU, SPD und WIR beschlossen, mit dem Regionalverband Nordschwarzwald und der Gemeinde Eutingen im Gäu die Aufnahme des Gewerbegebiets am Standort Flugfeld Baisingen in den Regionalplan abzustimmen.

Gelegen auf einer Anhöhe NN 500 zwischen Eutingen, Göttelfingen, Baisingen und Ergenzingen wurde das Gelände 1933 durch die Wehrmachtsführung als geeignete Fläche für einen Feldflugplatz ausgewählt. Der Bevölkerung wurde 1936 verboten ihre bis dahin in Privateigentum befindlichen Ackerflächen – rund 100 Hektar - zu bestellen und bereits 1937 begannen die Bauarbeiten zur Inbetriebnahme des Flugfeldes. Dazu gehörten der Bau von Gleisen vom Bahnhof Eutingen zum Flugplatz, ein Gutshof mit Verwaltung, Kommandantur, Flugzeughalle, Tank- und Munitionslager, Flakstellungen und die Stationierung von Jagd- und Kampfgeschwader ab August 1939. Die höchste Belegkapazität lag bei 1000 Mann. Auf einem Feldflugplatz wie diesem, waren bis zu 27 Flugzeuge stationiert.

Die militärische Nutzung ab 1940 hatte Auswirkungen auf die umliegenden Gemeinden. Es ereigneten sich Unfälle und tödliche Abstürze. Ab 1944 erfolgten Fliegerangriffe auf die Zivilbevölkerung, Züge, Bahnhof und Flugplatz. Die Start- und Landebahnen wurden durch Luftangriffe zerstört.

Nach Kriegsende hatte die Bevölkerung unter Hungersnot, Vergewaltigungen und Plünderungen zu leiden. Der Flugplatz wurde an die französische Besatzungsbehörde/Luftwaffe übergeben und die Flugbahnen wiederhergestellt. Die Bombentrichter dienten als Abfallgruben, aber auch als Wassertümpel für Molche. Von den ursprünglich 104 Hektar abgegebenen Flächen durften 73,5 Hektar wieder bewirtschaftet werden, befanden sich aber weiterhin im Staatseigentum.

Zur landwirtschaftlichen Aufbereitung musste das Gelände zuvor durch die Bevölkerung von Munition (Handgranaten, Panzerfäuste, ...) gesäubert werden. Tankanlagen wurden eingeebnet und der Boden konnte wegen der star-

ken Verdichtung nur mit schweren Maschinen aufbereitet werden.

1952 beschloss die Militärbehörde auf dem ehemaligen Gelände militärische Anlagen zu errichten. Männer der umliegenden Gemeinden wurden von den Franzosen dienstverpflichtet und die Bauern wurden erneut aufgefordert ihre



Felder zu räumen. In dieser Zeit litt die umliegende Bevölkerung unter dem militärischen Flugverkehr (Tiefflieger) der Franzosen. Nachdem die französische Armee überraschend ihre Pläne änderte, wurden die befestigten Start- und Landebahnen endgültig gesprengt und das große Werftgebäude abgebaut und nach Frankreich abtransportiert.

Die Besatzungsmacht lies auf dem Flugplatzgelände ein Munitions- und Tanklager einrichten. Dieses wurde 1965 erweitert. Zu den bestehenden 9 Tanks wurden 12 doppelwandige Tanks mit 2,9 m Durchmesser und 15,9 m Länge unterirdisch verbaut. Das Munitionslager wurde 1978 aufgegeben, das Tanklager aber bis Mitte 1992 von der französischen Armee weiterbetrieben. 1993 endete endgültig die militärische Nutzung auf dem ehemaligen Flugplatz.

Seit 1956, mittlerweile über 60 Jahren, wird ein Teil des Flugfeldgeländes, rund 24 Hektar als Segelflugplatz durch die Flugsportgruppen Rottenburg/Horb, Fluggemeinschaft Eutingen genutzt.

Von 1993 bis 1995 wurde nach Kampfmittelbeseitigung ein Postfachzentrum mit rund 11 Hektar errichtet. In den Folgejahren wurde das Tanklager der Franzosen von Altlasten saniert und rekultiviert. Schon damals äußerte Ergenzingen Bedenken wegen des höhe-

ren Verkehrsaufkommens und des größeren Wasserabflusses. Diese wurden zurückgewiesen.

1998 wurde vor dem Frachtzentrum auf 5000 m² ein großer LKW Parkplatz gebaut. Durch die exponierte Lage und die Beleuchtung ist die Anlage bei Nacht weithin sichtbar.

Eine rund 5 Hektar große Fläche wird heute von der NABU Ortsgruppe Eutingen gepflegt. Die ehrenamtlich Aktiven halten dazu eigens eine Ziegenherde zum Abweiden der Grünflächen. Da das gesamte Flugplatzgelände schon seit vielen Jahren von Vogelkundlern beobachtet wurde, ist die hohe Bedeutung

der Fläche für viele Vogelarten bekannt.

2003/2004 hat die Stadt Rottenburg zusammen mit der Gemeinde Eutingen das Flugplatzgelände vom Bund gekauft. Der Rottenburger Anteil beträgt 38,62 ha. Der Eutinger ca. 20 Hektar. Das Gelände soll völlig unbelastet sein?!

2006 erschien zur Flugplatzgeschichte eine Festschrift „70 Jahre – Flugplatz“. Darin dankten die Bürgermeister der Stadt Rottenburg und der Gemeinde Eutingen dem Flugsportverein für sein Engagement und der damalige Landrat des Kreises Freudenstadt Peter Dombrowsky brachte seine Glückwünsche mit folgenden Worten zum Ausdruck: Hier vereinen sich auf äußerst geglückte Weise Freizeitgestaltung, Naherholung, Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung.

2018 planen die Vertreter dieser Kommunen auf genau diesem Gebiet ein interkommunales Gewerbegebiet. Naherholung und Umweltschutz scheinen keine Rolle mehr zu spielen. Doch wir Bürger werden uns dieses Mal zu wehren wissen. Denn es geht um nichts weniger als unsere Heimat und um die Zukunft unserer Kinder. Dieses Land hat eine Geschichte und diese wird nicht nochmal zubetoniert ...

Marlene Fischer, Ergenzingen

Gebührenfreie Kitas – Breites Bündnis erforderlich

Weit über 17.000 Unterschriften wurden im Ländle gesammelt, um den Antrag für die Zulassung eines Volksbegehrens für gebührenfreie Kitas einzureichen.

In Reutlingen hat ein Bündnis über 300 Unterschriften gesammelt, in Tübingen und Rottenburg steuerte **DIE LINKE** in kurzer Zeit viele Unterschriften bei und ließ sie beglaubigen. Nach der Prüfung des Antrags durch das Innenministerium kann im April der nächste Schritt getan werden. Dann müssen in sechs Monaten 770.000 Unterschriften gesammelt werden.

Dazu braucht es überall breite gesellschaftliche Bündnisse, denn CDU und Grüne sind seit Jahren strikt gegen die Gebührenfreiheit, um die Schwarze Null von Edith Sitzmann (Grüne) im Landeshaushalt zu retten. Damit lassen sie gerade junge Familien

**Volksbegehren unterstützen:
Kita-Gebühren
abschaffen!**

DIE LINKE unterstützt Volksbegehren zur Abschaffung der Kita-Gebühren in Baden-Württemberg.

„Für uns ist klar: flächendeckende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung muss Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sein und allen Kindern kostenfrei zur Verfügung stehen. Das ist eine öffentliche Aufgabe. Wir werden das geplante Bürgerbegehren der SPD deswegen gerne tatkräftig unterstützen, schließlich arbeiten wir an dem Thema schon seit Jahren!“

Sahra Mirow,
Landessprecherin

DIE LINKE.

mit kleinen Kindern in der Familien-gründungsphase im Stich. **DIE LINKE** und die GEW sind zu einem solchen Bündnis bereit. Die GEW-Vorsitzende Doro Moritz

verweist auf die Milliardenüberschüsse im Landeshaushalt und schreibt: „Qualität und Gebührenfreiheit sind keine Alternativen. Die richtige Frage lautet: Wann sind Bund, Länder, Kommunen und freie Träger endlich bereit, das notwendige Geld in die Bildung zu investieren? Deutschland gibt deutlich weniger für frühkindliche Bildung aus als andere OECD-Staaten. (..) Wir können und sollten uns Gebührenfreiheit in Kitas als Maßnahme leisten, mit der wir Familien unterstützen können.“

DIE LINKE Rottenburg ist gern bereit, ihren Beitrag für ein Bündnis zu leisten und ist gespannt, wann die SPD dazu einlädt.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Rettet unsere Bienen und die Artenvielfalt Erfolgreicher Start des Volksbegehrens in Bayern

Möchten Sie auch in Zukunft Gemüse und Obst aus heimischem Anbau auf dem Tisch haben? In den letzten zehn Jahren sind in Deutschland 30 Prozent der Bienen gestorben. Gemeinsam mit anderen Insekten bestäuben sie unsere Nutzpflanzen und garantieren Artenvielfalt auf Feldern und im Wald. Ohne sie gäbe es 90 Prozent weniger Obst und 50 Prozent weniger Gemüse (z.B. Karotten, so die Wissenschaftssendung Galileo im Fernsehen.

Verantwortlich dafür ist nicht allein die Varroamilbe, die seit dreißig Jahren Bienen angreift und ein Krankheitsüberträger ist. Verantwortlich waren im Mai 2008 vor allem die Pestizide aus der hochgiftigen Gruppe der Neonikotinoide. Sie wurden und werden von der Agrarindustrie gegen den Maiswurzelbohrer eingesetzt: **Für zwei Milliarden Euro verkauft die deutsche „Pflanzenschutz-Industrie“ 107.000 Tonnen jährlich von solchem Gift, um die Produktion auf den Großflä-**

chen der Agrarindustrie zu steigern.

Imkermeister Christoph Koch (Oppenau/Schwarzwald), der jährlich 20 Tonnen Honig produziert, verlor dadurch 230 Bienenvölker. In der Bio-Landwirtschaft können schon heute Gurken problemlos ohne Pflanzenschutzmittel hergestellt werden, aber Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) produziert wie beim Glyphosat nur Alibi-Maßnahmen statt wirkungsvollen Pflanzenschutz – Bayers Profite lassen grüßen!

In Stuttgart weigert sich Landwirtschaftsminister Peter Hauck (CDU) sogar, aktuelle Zahlen zum Gebrauch von Pflanzenschutzmitteln im Ländle vorzulegen, geschweige eine Strategie zur Verminderung der Pestizidmengen anzukündigen.

Jetzt hat in Bayern ein breites Bündnis von ÖDP, Grünen, SPD, Linken, Landesbund für Vogelschutz, Bund Naturschutz, Sparda-Bank und weiteren 80

Initiativen das Volksbegehren „Artenvielfalt – Rettet die Bienen“ gestartet. Schon hetzen Agrarlobbyisten, Bauernverband und Jagdverband gegen die Initiative und beschwören den Weltuntergang. Aber über eine Million Unterschriften (18,4 Prozent der Wahlberechtigten) und damit mehr als vorgeschrieben wurden bereits vorzeitig gesammelt.

Erschrocken über den Run auf die Unterschriftensammlung hat MP Markus Söder jetzt überhastet einen Gesetzentwurf zum Natur- und Artenschutz angekündigt, denn wie die Initiatoren geht er fest von einem Erfolg des Volksbegehrens aus. Man sieht, auf Druck von unten (wie in Rottenburg) reagieren einige Politiker doch, ohne Kritiker des kapitalistischen Wachstumswahns als „asozial“ zu verleumdern wie OB Neher auf dem CDU-Neujahrsempfang. Überall stehen jetzt Menschen auf, die den Raubbau der Industrie an unserer Natur nicht mehr hinnehmen wollen. (EP)

Sicherheitskonferenz - Welche Sicherheit?

Schuldzuweisung statt Diplomatie

Ein Ergebnis dieser 54. Sicherheitskonferenz scheint zu sein, dass das Denken in alten Kategorien wieder salonfähig geworden ist: Angst machen, drohen, aufrüsten, abschrecken, zuschlagen ... Das Motto der Konferenz spricht für sich: „Hin zum Abgrund - und zurück?“

Mit der gleichen Überschrift und der gleichen Einleitung begann ich meinen Artikel für unsere Februarausgabe 2018. Jetzt geht es um die 55. Sicherheitskonferenz 2019 und es ist nichts zu korrigieren. Es ist deprimierend. Weiter schrieb ich:

„Man hat den Eindruck, dass nur mit militärischer Stärke „Sicherheit“ gewährleistet werden kann. Das Recht auf Selbstverteidigung rechtfertigt jegliches Handeln mit Waffengewalt. Alle sind wieder von Feinden umzingelt ohne selbst der Feind eines anderen zu sein.

Diese 54. Münchener Sicherheitskonferenz(MSC), die übrigens vor ihrer Umbenennung einmal „Münchener Wehrkundetagung“ hieß, findet jährlich Anfang Februar statt. Träger dieser Veranstaltung ist eine gemeinnützige GmbH (gGmbH). Sie ist gemeinwohlorientiert (!) und genießt besondere Steuervergünstigungen. Ihr Motto ist „Frieden durch Dialog“. Der Veranstaltungsort, Hotel Bayerischer Hof - 5 Sterne, steht in Kontrast zu den Orten, wo die derzeitigen Konflikte mit Waffengewalt ausgetragen werden - luxuriöse Suiten und Zimmer gegen menschenverachtende und menschenvernichtende Schlachtfelder.

Hörig reagieren die Europäer auf Forderungen aus den USA, ihre „Verteidigungsanstrengungen“ zu erhöhen. Ich habe den Eindruck die Rüstungsfetischisten gieren förmlich danach, das 2 % - Ziel für die Rüstungsausgaben schnellstmöglich zu erfüllen.“

Es ist nichts zu ergänzen oder zu korrigieren. Ein Jahr ist vergangen und nichts wurde zum Besseren verändert -

im Gegenteil. Die Kündigung des Atom-Abkommens mit dem Iran von 2015 durch die USA im Mai 2018 ist an Leichtfertigkeit und Verantwortungslosigkeit nicht zu überbieten. Wahlkampfversprechen mögen für einen amerikanischen Präsidenten verbindlich sein, wenn sie aber auf dem Rücken von vertragstreuen Partnern erfüllt werden und diese zu schädigen drohen, dann kann von Vertragstreue in Zukunft nicht ausgegangen werden. „America first!“ ist der

Munich Security Conference **msc**
Münchener Sicherheitskonferenz

Auch was sie gerade gelesen haben, ist eine Wiederholung dessen, was ich vor einem Jahr schrieb. Die Zustände wurden gravierend verschlechtert. Wir müssen uns zu Wort melden, denn unkommentiert darf man das unverantwortliche

Treiben nicht lassen. Wenn von atomarer Aufrüstung gesprochen wird, dann muss den Rednern ins Wort gefallen werden. Man könnte mit der Frage beginnen, wie denn ein Leben nach einem (konventionellen) Krieg aussehen würde und daran erinnern, wie hilflos wir sind, wenn nur der Strom ausfällt wie dieser Tage in Köpenick. Schlimmeres möchte man sich nicht ausmalen - oder wir müssen es uns ausmalen, um endlich zur Vernunft zu kommen!

Wir haben genug Probleme auf unserer Erde, die es zu lösen gilt. Wir dürfen nicht noch mehr Konflikte provozieren und Fehlverhalten nur anderen zuschreiben. Stärken wir diejenigen, die vorbehaltlos nach gewaltfreien Lösungen suchen. Machen wir sie nicht lächerlich. Sie haben eher begriffen, was auf dem „Spiel“ steht. Mit schönen Reden auf Sicherheitskonferenzen wird die Welt nicht sicherer, möglicherweise aber mit mutigem Eintreten für Friedensaktivitäten und auch mit Unterlassen - mit Verzicht auf Nach- und Aufrüstung, Drohgebärden, Erpressung, Lügen und Kriegsvorbereitungen, die als Verteidigungsanstrengungen getarnt werden.

Die Europawahlen am 26. Mai 2019 bieten eine Möglichkeit, diejenigen zu stärken, die konsequent für eine Friedenspolitik eintreten. Wir dürfen nicht vergessen, dass es ein Motto für Europa geben muss, dem wir heute wieder verpflichtet sind:

Nie wieder Krieg!



Norbert Kern
Wendelsheim

Wer der wachsenden Kriegsgefahr begegnen und Sicherheit für uns alle erreichen will, muss eine andere Politik durchsetzen:



- Abrüsten - statt Rüstungsausgaben verdoppeln
- NATO ersetzen durch ein System kollektiver Sicherheit - statt neues NATO-Hauptquartier in Deutschland.
- Waffenexporte vollständig verbieten - statt weiter Exporte selbst in das Pulverfass Naher Osten.

www.team-sahra.de

Auch dies eine Wiederholung vom Februar 2018

Sprengsatz für jede Zusammenarbeit. Die Aufkündigung des INF-Vertrages ist gleichermaßen zu kritisieren. Wer was nicht eingehalten hat, ist nur dann von Bedeutung, wenn man einen Schuldigen ausmachen möchte, um im Gegenzug seinen eigenen Vertragsbruch zu rechtfertigen. Die Rüstungspirale wird sich weiterdrehen und neue Formen der militärischen Auseinandersetzung erzeugen.

„Wer achselzuckend von Chaoszeiten spricht, die halt so sind, wie sie sind, vergisst, dass gerade diejenigen, die sich in München getroffen haben, verantwortlich für diesen Zustand sind. Nicht nur Unversöhnlichkeit und Hass prägen einen Teil der „sozialen“ Medien, auch jene „Staatenlenker“ sind sehr empfänglich dafür. Was versprechen sie sich von ihrem Verhalten? Doch hoffentlich nicht Sicherheit und Wohlergehen für ihre Bürger! Es wäre ein fataler Selbstbetrug!“

Katholische Kitas in Personalnot Mindestbezahlung nach S8

Ende Januar hatte der Zweckverband der katholischen Kitas in Rottenburg alle Gemeinderatsfraktionen zu einem Gespräch eingeladen. Bis auf SPD und WiR kamen alle. Der Zweckverband will Anfang März von seiner Verbandsvertretung ein neues Personalkonzept für seine 18 Rottenburger Einrichtungen verabschieden lassen.

Schon jetzt tragen viele Zweitkräfte in den Kitas dieselbe Verantwortung wie die Gruppenleitungen, werden aber weiter in S4 und damit wesentlich schlechter bezahlt. Diese Ungleichheit führt zu einem großen Abwanderungsdruck, weil Rottenburg mit dieser Bezahlung eine Niedriglohninsel darstellt – Horb, Ammerbuch/Herrenberg, Tübingen und Bodelshausen zahlen alle wesentlich besser. .

Ziel ist, die Gruppenleitung als Team zu verstehen, als gemeinsame Verantwortung für die schwierige Elternarbeit, für steigende Anforderungen bei Dokumentationen über die Entwicklung der Kinder. Doch dafür reicht das

Geld nicht: Katholische Kitas finanzieren sich über 68 Prozent aus dem Abmangel der Stadt, 18 Prozent aus Elternbeiträgen und den Rest aus den jeweiligen Kirchengemeinden – die Diözese hält sich zurück.

Wegen des Personalmangels bei Kitas im ganzen Land verschärft sich die Situation bei den nicht-kommunalen Trägern in der Bezahlung. Aber das neue Personalkonzept bringt auch die Stadt in Zugzwang. Denn seit Jahren verweigert sie eine bessere Eingruppierung mit dem Hinweis, 40 Prozent Leitungstätigkeit der Zweitkräfte reichten für eine Höhergruppierung nicht aus! Die Stadt hat beim kommunalen Arbeitgeber (!) zwar die Stellenbeschreibung eingereicht und bestätigt erhalten, doch inwieweit diese Beschreibung mit der Wirklichkeit übereinstimmt, wurde nie geprüft.

In einem offenen Brief an alle Gemeinderäte und an OB Neher fordert die ausgebildete Erzieherin Cornelia Walz, dass alle Erzieherinnen nach S 8 bezahlt werden müssen, weil die gestiege-

nen Anforderungen an sie nur im Team zu bewältigen sind. Und sie beklagt sich bitter, dass ihr – aktuell wird sie nach S 8 bezahlt – die Stadt nur eine Stelle nach S3 angeboten hat, sie also herunterstufen wollte und sich also als Lohndrucker betätigt. Das ist wirklich skandalös. Ist es das, was OB Neher unter seiner „sozialen Stadt“ versteht?

Das „Gute-Kita-Gesetz“ mit 720 Mio. Euro nur für Baden-Württemberg ermöglicht jetzt, Qualität in der Betreuung, bessere Eingruppierung und Gebührenfreiheit gemeinsam zu verwirklichen und den Eltern nicht jedes Jahr erneut tief in die Tasche zu greifen.

DIE LINKE ist gespannt auf die Diskussion im Gemeinderat und besonders auf das Verhalten von SPD und Grünen.

Die Spaltung in Gruppenleitung und „Zweitkräfte“ muss aufhören und alle müssen mindestens nach S8 bezahlt werden!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Neher erteilt Raumverbot für Ortschafts- und Gemeinderäte Neue Benutzungsordnung für Schulräume bereits in Kraft

Im Vorfeld der Gemeinderatswahlen am 26. Mai hat OB Neher selbstherrlich eine neue Benutzerordnung für Schulräume in städtischer Trägerschaft erlassen.

Nach gut unterrichteten Kreisen informierte er den Verwaltungsausschuss darüber, ließ aber keine Beschlussfassung zu. Auch der Gemeinderat durfte bisher darüber nicht diskutieren und beschließen. Auch in der Gemeinderatssitzung vom 19.02.2019 wurde nicht informiert.

Nachdem das städtische Verbot für die Bürger in Ergenzingen (BfE), die den Dokumentarfilm „Kein schöner Land“ in der Aula der Gemeinschaftsschule in Ergenzingen zeigen wollten, an Peinlichkeit nicht zu überbieten war und über 200 Personen dafür in den Räumen des Roten Kreuzes den Film begeistert ansahen, soll die neue Benut-

zerordnung wohl im Nachhinein als eine Art Rechtfertigung für das Verhalten des OB nach Gutsherrenart dienen.

Auf jeden Fall soll sie verhindern, dass sich die Bevölkerung künftig über Naturschutz wie zum Beispiel Bienensterben, Flächenfraß und Luftverschmutzung in Räumen von Schulen informieren kann und sogar wie in Bayern in Form eines Volksbegehrens „obrigkeitswidrig“ engagiert.

Keine „bayrischen“ Verhältnisse in Rottenburg, lautet die Devise der Rathauspitze! Das will das Bürgermeistertrio mit einem Verbot der Vergabe von Räumen in städtischer Trägerschaft an gewählte Vertreter in der Stadt und in den Ortschaften durchsetzen. Den Fraktionen des Gemeinde- und Ortschaftsrats sowie Wählervereinigungen stehen diese Räume demnach grundsätzlich nicht zur Verfügung.

Welch ein erbärmliches Demokratieverständnis bricht sich hier Bahn!

Für Ortschafts- und Gemeinderäte wird die Ausübung von demokratischen Rechten (und Pflichten) wie Information, Diskussion, Versammlung ihrer Wähler künftig vom Geldbeutel interessierter Bürger und von der politischen Haltung von Gastwirten abhängig gemacht. **Demokratie wird zum Spielball des jeweiligen politischen Lüftchens, das gerade in der Kommune weht.**

Manche bezweifeln inzwischen, ob der Oberbürgermeister und die ihn unterstützenden Parteien wirklich das Grundgesetz und das Schulgesetz des Landes Baden-Württemberg kennen oder ob hier ein schleichernder Abbau von demokratischen Grundrechten stattfinden soll. (Ke)

Wir beteiligen euch gerne – aber bitte so, wie wir es wollen!

Die Stadtverwaltung feiert und jubelt allenthalben, sich für offene und „dialogische“ Bürgerbeteiligungen einzusetzen. Allerdings macht sie dann nach Ablauf verschiedener Arbeitskreise, Workshops, Trialoge und Klausurtagungen in aller Regel stets das, was sie ohnehin im Vorfeld schon immer gewollt und längst geplant hat.

Nur einmal ging das gründlich daneben. Das war zu den Zeiten als die Verwaltung ihre Kiebinger „Gewerbestrategie“ mit durchsichtigen Schein- und Gefälligkeitsgutachten durchpeitschen wollte und damit dank des Bürgerentscheids mächtig auf die Nase fiel.

Man „informierte“ und „diskutierte“ mit dem Bürger u.a. in der Zehntscheuer (20.2.18), in Kiebingen (19.2.18) und in Ergenzingen über den geplanten Kahlschlag und die Versiegelung fruchtbarer Ackerböden, bestellte zu diesem Zweck nette und adrette Moderatoren, die als ausgewiesene Gewerbefreunde die Frager, Nachfrager und Rückfrager zu besänftigen und zu beruhigen hatten. Gelebte Rottenburger Demokratie?

Aber es geht heute gerade weiter so: **Trotz der kritischen und ablehnenden Stellungnahme von über 2000 (in Worten: zweitausend) Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen des Arbeitskreises Stadtbild wurde jetzt mit der Rodung im Schänzle begonnen – ohne Wenn und Aber.** Der Mühlbach an der Gartenstraße mit einer (!) nagelneuen Pumpstation (Technik: hydraulische Förderschnecke) als künftigen Wasserspender fürs versteppte Trockengebiet im Schänzle wird über einen Meter höher gelegt, Gesamtkosten deutlich über 1.000.000 €. Allerdings hat bei diesem Irrsinn-

Projekt der Gemeinderat mit seiner Mehrheit nickend mitgespielt (auch die Grünen) – **DIE LINKE** freilich nicht!

Weil es öffentliche Zuschüsse vom Land geben wird, wird auch das umgesetzt, was dem gesunden Menschenverstand und der Ökologie Hohn spricht. Libellen und Unken sind in einem Fachgutachten vollmundig versprochen, also wird erst einmal kräftig zerstört, damit das Geld auch ausgegeben wird. (Foto)

Und der Arbeitskreis Stadtbild? – Seine Mitstreiter bleiben zunächst miss-



Foto/Text: N. Kern



Ganz in der Nähe der gefälltten Bäume ist zu lesen „Stadt mit Herz“. Das gilt wohl nicht für Bäume sondern nur für „TrauSchlösser“. Wahrscheinlich waren die Bäume nicht lizenziert und wurden deshalb entfernt.

verstanden als liebe, umhegte, liebkooste, beschwichtigte, umgarnte, letztlich stille, umschmeichelte, vertröstbare, heilsam friedliche Aktivisten, die die Stadtverwaltung sogar nicht interessieren, allenfalls fürs städtische Protokoll und den Jahresrückblick und anderweitige Sonntagsreden.

Nichts gegen eine ökologisch sinnvolle Aufwertung des Schänzles, was aber hier gemacht werden soll, entspricht den Chimären und Träumen, wie sie uns die Bewerbung zur Landesgartenschau schon mächtig vorgaukelten.

Thomas Bauer, Mitglied der Bürgerini-

tative *Hau Holzweise* aus Horb, hat das Problem der Bürgerbeteiligung jüngst treffend charakterisiert:

„Die Bürgerbeteiligung auf dem Land sieht so aus, dass die Politiker sagen: *Wir beteiligen euch an unserer Meinung.*“

Einer solchen ferngesteuerten Trickkiste entsprachen auch weitgehend die Quartiersgespräche zum Thema Kreuzerfeld. Aber das ist nun ein anderes weites Feld.

Und dann gibt es weiter die ganz aktuellen (vermeidbaren) Verwüstungen im Umfeld des Märchensees bei Wendels-

heim. Da wird wiederum auf Sachzwänge verwiesen, und Bürgermeister Bednarz spielt, wie so oft, Blindekuh und feiert die „Möglichkeiten der Technik“, die man nutzen müsse, schließlich will die Stadt das Holz aus dem Kommunalwald „am Markt“ verkaufen. Ja geht's noch?

Sieht so verantwortliche Kommunalpolitik unter Berücksichtigung von Natur, Umwelt und seiner Bürger aus? Wir brauchen keine kommunalpolitische Schönfärberei, auch

nicht die von der SPD. Was wir brauchen sind Bürger und Politiker, die sich nicht scheuen umzudenken.

Etwas mehr Selbstkritik ohne Selbstgefälligkeit wäre da schon eine Hilfe. Die Kommunalwahl im Mai kann da ein Zeichen setzen.



Dr. Christian Hörburger

Gemeinderat
„DIE LINKE“

Rottenburg - Obernau

SPD-Sozialstaat: Heiße Luft oder Nagelprobe?

Die Vermögenssteuer ist ein Gebot der Stunde

Ein neues „Sozialstaatskonzept 2025“ hat die SPD auf ihrer Klausurtagung ausgerufen, nachdem ihr Bundeskanzler Schröder 2004 den durchaus funktionierenden Sozialstaat mit seinen menschenverachtenden Hartz-Gesetzen zertrümmert und die SPD als Volkspartei in den Orkus geschickt hatte.

Mit viel Euphorie will die SPD jetzt einen Neuanfang starten und beweisen, dass sie sich in einer neoliberalen Koalition mit CDU/CSU erneuern kann. Wenn man großzügig über alle Einschränkungen hinwegsieht, will sie:

a) ein Rentenkonzept ohne demütigende Bedürftigkeitsprüfung. Es soll das Abrutschen vieler Rentner in Altersarmut trotz lebenslanger Arbeit und Beitragszahlung verhindern und endlich die Erziehungsarbeit der Mütter besser berücksichtigen

b) den Mindestlohn auf 12 Euro erhöhen, nachdem Nahles dies gerade abgelehnt und nur einer Erhöhung auf 9,35 Euro in zwei Stufen ab 2020 (!) zugestimmt hatte

c) die Ersetzung von Hartz-IV durch ein Bürgergeld, indem Beschäftigte, die länger in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, in verschiedenen Stufen einige Monate länger Arbeitslosengeld I erhalten

d) eine Kindergrundsicherung soll die wachsende Kinderarmut in unserem Land eindämmen.

Von all diese hehren Versprechungen soll nur die Grundrente schnell eingeführt werden – alles andere „zu einem späteren Zeitpunkt“. Mit wem und wie, lässt die SPD völlig offen. Genauso

offen ist die Finanzierung, denn Verbesserung der Renten, Bürgergeld und Kindergrundsicherung kosten viel Geld, Milliarden, die die GroKo gerade für die Erhöhung ihres Rüstungsetats nach Trumps Wünschen großzügig ausgibt.



Kategorisch lehnen CDU/CSU Sozialreformen mit dem Argument ab, das Geld müsse erst einmal erwirtschaftet werden. Falsch! Das Geld ist längst da, bloß in den falschen Händen!

Die Gier nach immer mehr Geld hat den größten Steuerraub in der Europäischen Union mit Cum-Cum-Geschäften

Vermögenssteuer jetzt!

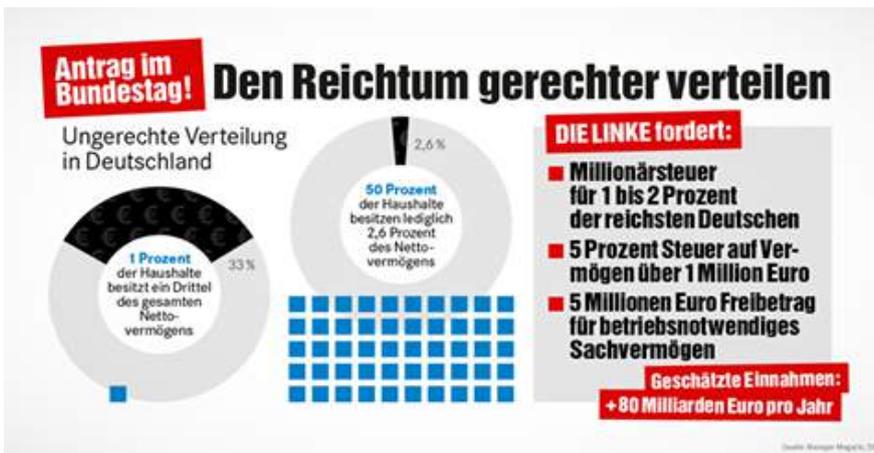
Deshalb ist die Nagelprobe, ob die SPD es ernst mit ihrem Sozialstaat meint, ob sie den Milliardären endlich in die Tasche greift und für eine Vermögenssteuer eintritt. Als Landessteuer könnte sie direkt den Bundesländern und den Kommunen helfen, um notwendige Sanierungen (Schulen, Pflegeheime, Straßen, Schwimmbäder) bezahlbare Wohnungen zu errichten und ÖPNV und Bahn auszubauen. **Jahrelang haben CDU und SPD das Geld von unten nach oben geschaufelt.**

Nach einer Rekordausschüttung von 35,7 Milliarden Euro an DAX-Aktionäre im letzten Jahre sollen die Dividenden in diesem Jahr nochmals auf 52,4 Mrd. Euro steigen. **Diese Milliarden sind eine Enteignung der Beschäftigten, die diesen gesellschaftlichen Reichtum erarbeitet haben**

und den sich die Aktienbesitzer aneignen. Um dieses Geld gewinnbringend anzulegen, wird in „Beton-Gold“ (Immobilien), in Autobahnen, Bahnverkehr und Internet spekuliert.

Dieser Finanzpolitik, die unsere Demokratie gefährdet, muss ein Ende gesetzt werden,

indem die Vermögenssteuer und die Verfolgung der Steuerkriminellen durchgesetzt wird. Das wäre ein Gewinn für die gesamte Gesellschaft!



und mit Phantom-Aktien ermöglicht. Über 55 Mrd. Euro in der EU - davon allein 32 Mrd. Euro in Deutschland – fehlen in unseren öffentlichen Kassen. Die Deutsche Bank, Anwälte, Anlageberater, selbst die staatliche Kontrollbehörde Bafin und ihr Ex-Chef Schäuble haben daran mitgewirkt. Dabei ist dieser Steuerraub die Kehrseite der Medaille, dass es in Deutschland keine Vermögenssteuer gibt und die Superreichen nicht wissen, wie sie ihr Kapital gewinnbringend anlegen können.



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land! **Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!** **Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!**

Auserwählte und Zufallsbürger

Wer fördert, wer behindert das Engagement der Bürger?

Vermutet habe ich es schon immer: Ich muss etwas besonderes sein. Ich bin ein Auserwählter. Einige, die es weniger gut mit mir meinen, sagen, ich sei nichts anderes als ein Zufallsbürger.

Im November 2018 erhielt ich von OB Neher einen Brief mit der Einladung an einer repräsentativen Befragung bezüglich eines Sportentwicklungskonzepts der Stadt teilzunehmen. Ich sollte mir etwas Zeit nehmen und online einen Fragebogen ausfüllen. „Ihre Meinung ist uns äußerst wichtig!“ Meine Daten sollten absolut vertraulich behandelt werden und dann wurde mir gesagt: „Sollten sie nicht an der Befragung teilnehmen, entstehen Ihnen keine Nachteile.“ Hat mich irgendwie beruhigt.

Zuerst fühlte ich mich geehrt, dann irritiert. Meine Affinität zum Sport ist sehr, sehr wenig ausgeprägt. Ich gehöre keinem Sportverein an; wenn es schön ist, radle ich gelegentlich. Einmal pro Woche versuche ich mich an Geräten fit zu halten. Eine Liebessportart, die mich in eine Sportstätte zwänge oder an den Fernseher bände, habe ich auch nicht. Ein Länderspiel der Fußballer schaue ich mir schon einmal im Fernsehen an.

Ich beschloss an der Befragung nicht teilzunehmen, weil meine Sport-Inkompetenz und mein Desinteresse, auf einem Fragebogen ausgedrückt, eventuell gegen die wohlbegründeten Interessen meiner „sportlichen“ Mitbürger ausgespielt werden könnten. Ich brauche keinen Sportplatz, habe aber gar nichts dagegen, wenn andere ihn bekommen. Es würde mich freuen.

Mit Schreiben vom 14.12.2018 wurde herzlich gebeten, bis zum 31. Dezember 2018 den Fragebogen auszufüllen. Meine Zweifel an der Aktion der Stadt galten immer noch. Dass mein Alter von Interesse ist, kann ich nachvollziehen. Weniger klar ist mir, was mein Geschlecht und meine Staatsangehörigkeit (deutsch/andere/doppelte) für einen kommunalen Sportentwicklungsplan bedeutet. Ergänzende Fragen nach Treppensteigen, zu Fuß zurückgelegten Wegen, Garten und Hausarbeit machten mich nicht schlauer. Wenn ich mich

recht erinnere, konnte ich den Fragebogen auch nur dann einsehen, wenn ich „Pflichtfragen“ beantwortete, sonst wurde das weitere Ausfüllen blockiert. Warum durfte ich auf die anderen Fragen nicht neugierig sein?



„Zufallsbürger sind Alltagsexperten. ... Sie kommen dem gedachten „Normalbürger“ am nächsten. Die ausgelassenen Teilnehmenden hinterfragen etablierte Positionen. Sie vertreten „die Einwohnerinnen und Einwohner“ und nicht Verbände, Parteien oder Initiativen.“ (beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de) Es wäre schön, wenn diese Behauptung stimmen würde. Aber glauben Sie, dass das überzeugte Parteimitglied, das engagierte Mitglied einer Bürgerinitiative, das aktive Gewerkschaftsmitglied seine Position deshalb hinterfragt, weil es plötzlich „Zufallsbürger“ ist? Ist der Zufallsbürger der bessere, verantwortungsvollere und neutralere Bürger?

Die Befragungen von per Los gezogenen Zufallsbürgern können nur Beleg für eine Pseudodemokratie sein. Politische Entscheidungen sollten nicht von der zufälligen Zusammensetzung (repräsentativer) Gruppen abhängen, auch wenn diese nur ein Stimmungsbarmeter darstellen sollen. Von Stimmungen dürfen sich Politiker sowieso nicht leiten lassen.

Die Formulierung, man habe den Bürger zu Wort kommen lassen, man habe ihn sogar befragt, darf nicht zum Deckmäntelchen der autoritären Entscheidungsmacht von Verwaltung und Gemeinderatsmehrheit werden, zumal die Datenerhebung durch beauftragte Ein-

richtungen erfolgt, deren genauer Auftrag oft im Dunkeln bleibt. Man muss nicht gleich von Auftragsgutachten im Interesse des Auftragsgebers ausgehen, aber nachdenken darüber darf man schon.

Warum sollten wir die „schweigende Mehrheit“ nicht weiter schweigen lassen? Sie drängt nicht nach Artikulation. Akzeptieren wird das! So wie es keine Wahlpflicht bei uns gibt, ist auch das politische Engagement freiwillig und sollte nicht durch die Konstruktion eines Zufallsbürgers „erzwingen“ werden, wobei die Rückmeldequote bei angeschriebenen Zufallsbürgern auffallend gering ist. Auf dem Beteiligungsportal Baden-Württemberg ist von drei bis fünf Prozent zu lesen (s.o), die sich mit einer Zusage zur Mitarbeit zurückmelden.

Schlimmer ist, wenn Bürger durch diffamierende Äußerungen zum Schweigen und stiller Duldung veranlasst werden sollen. OB Neher wird in der Rotenburger Post (18.02.2019) damit zitiert, dass man Politik nicht so betreiben könne, dass man nur noch sage, gegen was man sei, aber nicht wofür. Und wörtlich: „Das sind Leute, die diesen Staat und die Demokratie tot machen wollen.“ Geht's vielleicht eine Nummer kleiner, Herr Oberbürgermeister? Sollte man einem kleinen ideenreichen und rührigen Häuflein im Gemeinderat nicht etwas mehr demokratische Wertschätzung entgegenbringen? Oder ist gar nicht die **LINKE** gemeint?

„Wir haben die Erfahrung in Rottenburg mit Zufallsbürgern gemacht - bei der Auseinandersetzung bei der Suche für einen Platz für ein Haus der Nachbarschaft. Wir Engagierten haben das Projekt so weit gebracht, dass es sogar schon architektonische Vorüberlegungen gab. Das Rathaus hat das boykottiert und ein Konzept von Zufallsbürgern erstellen lassen. Nach einem Jahr waren noch fünf Bürger übrig. Warum geht man an den engagierten Bürgern vorbei und sucht sich die, die sich nicht auskennen und keine Motivation haben?“ So der Stadtrat der **LINKE** Dr. Emanuel Peter.

Norbert Kern, Wendelsheim

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Entschleunige Dich und vieles wird gut!

Ja, ja - die Sache mit der Luft. Ganz findige Köpfe haben den wahren Luftverpester ermittelt. Es ist vornehmlich der rasende Autofahrer und vor allem derjenige, der seine Karre mit Diesel füttert. Aber welche Geschwindigkeit ist der Gesundheit noch förderlich?

Mit „Runter vom Gas!“ und „Lupf Deinen Bleifuß!“ verbessern wir die Luft nicht. Das wissen wir. Wir müssen andere Lösungen finden! Wir definieren den Grenzwert einfach etwas um, bei dessen Überschreitung uns Gefahr droht. Die Gefahr ist gebannt und unser Gewissen beruhigt.

Sie meinen, das gehe nicht so einfach. Doch, doch! Nehmen wir uns die Deutsche Bahn zum Vorbild. Sie hat Pünktlichkeit umdefiniert. Bis zu einer Verspätung von sechs Minuten ist ein Zug bei der Bahn noch pünktlich. Wenn der Anschlusszug schon weg ist, kann es nicht an der Unpünktlichkeit gelegen haben.

Wenn Ihnen die Heraufsetzung von Grenzwerten als üble Trickserei vorkommt, dann habe ich einen anderen Vorschlag. Schlechte Luft wird dadurch verbessert, indem man Parkplätze so verteuert, dass sie unbezahlbar werden und kein Autofahrer mehr Geld

und Lust hat, seine Dreckschleuder aus der Garage zu fahren. In der Konsequenz heißt das, dass durch unbezahlbare Parkplätze ein Höhenluftkurortklima geschaffen werden kann. Die Bewohner im Stuttgarter Talkessel werden befreit und beglückt aufatmen. - Nur befürchte ich, dass dann der Stadtkämmerer auf die Idee kommt, eine Kurtaxe einzuführen. Wenn das alles nicht hilft, dann helfen mehr Luftmessstellen und luftverbessernde Farbe. Hoffentlich schlägt die dann nicht auf die Bronchien.

Aber es gibt eine einfachere Lösung unseres Problems. Ich plädiere ich für Tempo

NULLNULLNULL

auf allen von Kraftfahrzeugen zu befahrenden Straßen und Wegen.

Die Folgen sind paradiesisch. Keine Unfälle, keine Blechschäden, keine Verletzte, keine Toten. Dass es keine Steigerung des Bruttosozialprodukt

mehr geben wird, weil die Reparaturleistungen an Sachen und Menschen nicht wachstumsfördernd sind, muss leider hingenommen werden. Die Automobilindustrie wird nicht zusammenbrechen, denn viele werden sich trotzdem einen protzigen SUV in die Garage mit dann verglastem Tor stellen, denn man soll sehen, was man hat und wes Geistes Kind man ist.



Tempolimit

Das anzufertigende Gesetz darf auf keinen Fall „Null-Tempo-Gesetz“ heißen. Das heißt nämlich Verbot, Freiheitsbeschränkung, Spaßbremse, Langeweile, Stillstand. Mein

Vorschlag „Das gütige Lebenserhaltungsgesetz“. Wir haben ja schon „Das gute Kita-Gesetz“. Weshalb sollte man die Beurteilung eines Gesetzes den Bürgern überlassen? Der Gesetzgeber weiss schon, was er Gutes für seine Bürger tut. Wir sollten ihm dankbar sein!

Ein Frage habe ich allerdings noch: Werden sich unsere schweizer Nachbarn diskriminiert fühlen? Sie dürfen dann nicht mehr - wie heute noch abschnittsweise erlaubt - mit 200 km/h und mehr von Singen nach Stuttgart preschen.

Norbert Kern, Wendelsheim

Termine:

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpplatz

Samstag, 23. Februar 2019, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 27. Februar 2019, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock (gegenüber der Stadtbibliothek)

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpplatz

Samstag, 30. März 2019, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 3. April 2019, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock (gegenüber der Stadtbibliothek)

Kontakt zu **linksjugend rottenburg:**

facebook.com/solid-rottenburg-a.N.

E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die April-Ausgabe: **Freitag, 22. März 2019**

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion

Norbert Kern (Ke), 72108 Rottenburg - Wendelsheim, Kornbühlstraße 75



V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg
Eichendorffstr. 49

